

INHALT

-
- | | |
|---|--|
| <p>35. <i>Neuerliche Zinssenkung ab 1. Juli 2003 und Erhöhung der Darlehensobergrenze ab 1. Jänner 2004 bei Wasserleitungsfondsdarlehen</i></p> <p>36. <i>Wahlkostensatz Tiroler Landtagswahl 2003</i></p> <p>37. <i>Sortieranlagen</i></p> <p>38. <i>Biogasanlagen</i></p> | <p>39. <i>Wie zufrieden sind die Österreicher mit der Verwaltung?</i></p> <p>40. <i>Buchhinweis: Kreditfinanzierung der Gemeinden – Strategien und Instrumente</i></p> <p>41. <i>Buchhinweis: Öffentliches Management in Österreich – Realisierungen und Perspektiven</i></p> <p><i>Verbraucherpreisindex für Juni 2003 (vorläufiges Ergebnis)</i></p> |
|---|--|
-

35.

Neuerliche Zinssenkung ab 1. Juli 2003 und Erhöhung der Darlehensobergrenze ab 1. Jänner 2004 bei Wasserleitungsfondsdarlehen

Die Tiroler Landesregierung hat in ihrer Sitzung am 17. Juni 2003 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Zinssatz für die den Gemeinden und Gemeindeverbänden Tirols gewährten Darlehen aus dem Wasserleitungsfonds wird mit Wirksamkeit 1. Juli 2003 von 3,0% p. a. auf 2,5% p. a. gesenkt.

Die Obergrenze für Darlehen aus dem Wasserleitungsfonds wird ab 1. Jänner 2004 von € 40.000,- auf € 50.000,- angehoben. Diese Regelung gilt für jene Darlehen, denen ein Aufwand ab 1. Jänner 2004 zugrunde liegt.“

Der Zinssatz für die Wasserleitungsfondsdarlehen betrug seit 1978 3,5% p. a. und wurde ab 1. Jänner 2003 auf 3,0% gesenkt. Aufgrund der am 5. Juni 2003 erfolgten Senkung der Leitzinsen durch die EZB und die damit verbundene Senkung der Zinsen für Bankkredite scheint eine weitere Senkung des bisherigen Zinssatzes um 0,5% p. a. gerechtfertigt. Diese Maßnahme schmälert zwar die Erträge des Wasserleitungsfonds um derzeit € 115.000,- pro Jahr, bringt aber den Gemeinden entsprechende Einsparungen und wirkt sich zusätzlich auf das Maastricht-Ergebnis und die Höhe der Gebühren positiv aus.

Die Darlehenshöhe beträgt grundsätzlich 50% der angefallenen Baukosten, war aber pro Bauvorhaben und Jahr mit maximal € 40.000,- begrenzt. Beim Einbau von Wasserzählern können die vollen Kosten, höchstens jedoch € 180,- pro Zähleranschluss, gefördert werden. Die Höchstförderung ist an die Einhaltung der Mindestgebühr gebunden, ansonsten erfolgt ein prozentueller Abschlag.

Die für die Wasserleitungs- und Kanalbauvorhaben vorgesehene UFG-Förderung 1993 knüpfte unmittelbar an die Aufnahme von Bankkrediten an. Im Zuge der Überarbeitung dieser Förderungsrichtlinien und der Einführung von Investitionszuschüssen sind die Gemeinden nicht mehr gezwungen, ein Bankdarlehen aufzunehmen, um in den Genuss der Bundesförderung zu kommen. Im Zuge dieser Änderungen scheint eine Erhöhung der bisherigen Darlehensobergrenze für die Wasserleitungsfondsdarlehen ab 1. Jänner 2004 zweckmäßig. Die Erhöhung der Darlehensobergrenze ist für die Gemeinden insbesondere angesichts der Umstellung der Bundesförderungen von Bedeutung.

36.

Wahlkostenersatz Tiroler Landtagswahl 2003

Mit Gesetz vom 3. Juli 2002 über die Wahl des Landtages in Tirol (Tiroler Landtagswahlordnung 2002 – TLWO 2002), LGBl. Nr. 91, wurde der Kostenersatz betreffend die Durchführung der Landtagswahl neu geregelt wie folgt:

Gemäß § 7 Abs. 1 TLWO 2002 haben die Kosten für die Durchführung der Wahl, mit Ausnahme der vom Land Tirol zu tragenden Kosten für die Vergütung für die Wählergruppen nach Abs. 2, die Gemeinden zu tragen. Das Land Tirol hat ihnen jedoch auf Antrag einen pauschalen Kostenbeitrag in der Höhe von € 0,50 für jeden im abgeschlossenen Wählerverzeichnis enthaltenen Wahlberechtigten zu leisten. Der Antrag ist bei sonstigem Verlust des Anspruches binnen drei Monaten nach dem Wahltag bei der Landesregierung einzubringen.

Im Abs. 2 des § 7 TLWO 2002 ist die Vergütung für die Tätigkeit der Beisitzer und Ersatzbeisitzer in den Wahlbehörden geregelt. Diese Vergütung gebührt jedoch auf Antrag den Wählergruppen und ist der Antrag auch von diesen bei der Landesregierung einzubringen.

Für eine einheitliche und vor allem rasche Verfahrensabwicklung in Ihrem Interesse wird ausdrücklich gebeten, das in der Anlage beigefügte Formular für die Beantragung der Leistung des Kostenbeitrages gemäß § 7 Abs. 1 TLWO 2002 zu verwenden.

Für allfällige Fragen steht Ihnen die Abteilung Finanzen des Amtes der Tiroler Landesregierung (Stefan Huber, Tel.-Nr. 0512/508-2804, E-Mail: *finanzen@tirol.gv.at*) jederzeit gerne zur Verfügung.

Abteilung Finanzen, Zahl VII-2/508/235, vom 11. Juli 2003

Gemeinde:

Bezirk:

An das
Amt der Tiroler Landesregierung
Abteilung Finanzen
Eduard-Wallnöfer-Platz 3
6020 Innsbruck

Antrag

an die Tiroler Landesregierung auf Leistung
eines Kostenbeitrages gemäß Gesetz vom 3. Juli 2002 über die Wahl
des Landtages in Tirol (Tiroler Landtagswahlordnung 2002 – TLWO 2002),
LGBl. Nr. 91/2002, für die Durchführung der Landtagswahlen vom

.....

Gemäß § 7 Abs. 1 TLWO 2002 wird beantragt, der Gemeinde einen pauschalen Kostenbeitrag in der Höhe von € 0,50 für jeden im abgeschlossenen Wählerverzeichnis enthaltenen Wahlberechtigten zu leisten wie folgt:

Anzahl der Wahlberechtigten: × € 0,50 = €

Der/Für den Bürgermeister

.....
Datum

.....
Unterschrift und Amtssiegel

Um die Überweisung des Ersatzes durchführen zu können, bitten wir Sie, die nachstehenden Daten vollständig auszufüllen!

Bankverbindung:

Bankleitzahl:

Kontonummer:

37.

Sortieranlagen

Einleitung:

In einem Berufungsverfahren hat der Bundesminister f. Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sich mit einer Sortieranlage beschäftigt. Im Folgenden werden unter dem Gesichtspunkt des Abfallwirtschaftsgesetzes 2002 (AWG 2002), BGBl. I Nr. 102/2002, und dem Tiroler Abfallwirtschaftsgesetz (TAWG), LGBL. Nr. 50/1990, zuletzt geändert durch LGBL. Nr. 44/2003, Feststellungen getroffen:

1. Sortierung – Abfallbehandlung:

1.1 Gemäß § 2 Abs. 5 Z. 1 AWG 2002 umfasst „Abfallbehandlung“ die im Anhang 2 genannten Verwertungs- und Beseitigungsverfahren.

Die Sortierung von Abfällen stellt eine physikalische Behandlung dar. Sortieranlagen sind daher Abfallbehandlungsanlagen im Sinne des § 37 Abs. 1 AWG 2002.

1.2 Im Zusammenhang mit § 37 AWG 2002 ist zu prüfen, ob Sortieranlagen als Behandlungsanlagen zur ausschließlichen stofflichen Verwertung (§ 37 Abs. 2 Z. 1 AWG 2002) zu qualifizieren sind. Mit dem Tatbestandsmerkmal „ausschließliche stoffliche Verwertung“ hat sich der Umweltsenat in seiner Entscheidung vom 23. Oktober 2002, Zl. US 2A/2001/9-12, auseinandergesetzt. Danach schließt der Begriff „ausschließlich“ nicht aus, dass nur ein Großteil der in der Anlage eingesetzten Abfälle der Gewinnung von Wertstoffen dient; das Umweltverträglichkeitsprüfungs-Gesetz 2002 (UVP-G, BGBl. Nr. 697/1983, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 52/2002, verlangt aber, dass die abschließende Verwertung des eingesetzten Altstoffes in der Anlage selbst erfolgt.

Eine Anlage, deren Zweck nur in der Sortierung von Abfällen besteht, ist damit keine Abfallbehandlungsanlage zur „ausschließlichen stofflichen Verwertung“. Der Ausnahmetatbestand des § 37 Abs. 2 Z. 1 AWG 2002 scheidet somit aus.

2. Sortierung – Angabe der Abfallarten:

§ 47 Abs. 1 AWG 2002 definiert in den Z. 1 bis 5 jene Inhalte, die ein Bescheid für eine Abfallbehandlungsanlage **jedenfalls** enthalten muss.

In den Bescheidspruch sind demnach die zu **behandelnden** Abfallarten und -mengen und das Behandlungsverfahren aufzunehmen (§ 47 Abs. 1 Z. 1 AWG 2002).

Der Genehmigungsbescheid für eine Sortieranlage hat daher jene Abfallarten, die übernommen und sortiert werden dürfen, zu bezeichnen. Derzeit hat die Bezeichnung entsprechend dem Abfallkatalog, ÖNORM S 2100, ausgegeben am 1. September 1997 und den darin festgelegten Klassifikationsgrundsätzen zu erfolgen. Dazu hält der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft Folgendes fest:

Gemäß den Zuordnungskriterien der Anlage 1 FestsetzungsVO (BGBl. II Nr. 227/1997 i. d. F. BGBl. II Nr. 178/2000) hat die Zuordnung eines Abfalls zu der SN der ÖNORM S 2100 zu erfolgen, die den Abfall am besten beschreibt. Falls eine Zuordnungsmöglichkeit zu allgemeineren und konkreteren Abfallbezeichnungen besteht, ist die konkreteste mögliche zu wählen. Es wird also Abfall jener Schlüsselnummer zugeordnet, die den Hauptanteil der Fraktion ausmacht und somit den Abfall am besten beschreibt. Hierdurch ist ein gewisser Grad an „Verschmutzung“ bzw. „Vermischung“ schon beinhaltet. Abfallgemische sind mit den dafür vorgesehenen Schlüsselnummern zu bezeichnen.

3. Sortieranlagen –

Anschlusszwang nach dem TAWG:

Hausmüll im Sinne des § 2 Abs. 1 TAWG sind alle nicht gefährlichen Siedlungsabfälle im Sinne des § 2 Abs. 4 Z. 2 AWG 2002. Betriebliche Abfälle sind alle dem TAWG unterliegenden Abfälle mit Ausnahme des Hausmülls (§ 2 Abs. 3 TAWG).

Eine Zusammenschau der einzelnen Bestimmungen des TAWG ergibt, dass die im Bundesland Tirol anfallenden Abfälle – Hausmüll und betriebliche Abfälle – grundsätzlich zwecks Entsorgung zu der öffentlichen Deponie des Einzugsbereichs zu verbringen sind. Sonderregelungen bestehen nur für bestimmte Gemeinden des Bezirkes Kufstein sowie für Gemeinden des Bezirkes Reutte.

Betriebliche Abfälle dürfen allerdings dann zu einer Sortieranlage verbracht werden, wenn sie als verwertbar zu qualifizieren sind (vgl. § 12 Abs. 2 TAWG).

Eine abschließende Auflistung von verwertbaren betrieblichen Abfällen ist nicht möglich. Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft hat im Rahmen des kürzlich abgewickelten Berufungsverfahrens entgegen der Auffassung der Erstbehörde festgehalten, dass die Abfallart „Baustel-

lenabfälle (kein Bauschutt)“, SN 91206, als **verwertbarer** Abfall zu qualifizieren ist. Unter Berücksichtigung dieser Entscheidung sieht sich die Abt. Umweltschutz veranlasst, ihre diesbezüglich früher vertretene Rechtsmeinung zu revidieren.

Die Abfallart „Baustellenabfälle (kein Bauschutt)“, SN 91206, ist als verwertbarer Abfall zu qualifizieren und unterliegt gemäß § 12 Abs. 2 TAWG **nicht** dem Andienungszwang des TAWG.

Abteilung Umweltschutz Zahl U-3000a/179 vom 10. Juni 2003

38. Biogasanlagen

1. Allgemeines:

Auch im Bundesland Tirol beabsichtigen mehrere landwirtschaftliche Betriebe, die im eigenen oder in anderen landwirtschaftlichen Betrieben anfallende Gülle in Biogasanlagen zu behandeln.

Unter dem Gesichtspunkt des Abfallrechts stellt sich die Frage, ob es sich bei solchen Biogasanlagen um Abfallbehandlungsanlagen im Sinne des Abfallwirtschaftsgesetzes 2002 (kurz: AWG 2002), BGBl. I Nr. 102/2002, handelt.

2. Rechtliche Überlegungen:

Gemäß § 2 Abs. 3 AWG 2002 ist die Sammlung, Lagerung, Beförderung und Behandlung von Mist, Jauche, Gülle und organisch kompostierbarem Material als Abfall dann **nicht** im öffentlichen Interesse erforderlich, wenn diese im Rahmen eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes anfallen und im unmittelbaren Bereich

eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes einer zulässigen Verwendung zugeführt werden.

Ausgehend von dieser Bestimmung ist Folgendes festzuhalten:

Eine Biogasanlage, in der ausschließlich in landwirtschaftlichen Betrieben anfallende Gülle verarbeitet wird, ist keine Abfallbehandlungsanlage und unterliegt nicht dem AWG 2002. Rechtlich irrelevant ist, ob ein Bauer nur die in seinem Betrieb anfallende Gülle oder aus anderen landwirtschaftlichen Betrieben stammende Gülle verarbeitet. Werden in einer solchen Biogasanlage jedoch auch andere Materialien, wie etwa Speisefette, Fettabscheiderinhalte etc. verarbeitet, so ist grundsätzlich von einer Abfallbehandlungsanlage auszugehen. In weiterer Folge sind die Ausnahmetatbestände des § 37 Abs. 2 AWG 2002 zu prüfen.

Abteilung Umweltschutz U-3000a/172 vom 27. Mai 2003

39. Wie zufrieden sind die Österreicher mit der Verwaltung?

Das Institut für empirische Sozialforschung (IFES) führte im Mai 2003 vor dem Hintergrund der Verwaltungsreform und des Österreich-Konvents, eine Befragung zum Thema „Verwaltung und Verwaltungsreform“ durch. Im Mittelpunkt standen folgende Themenaspekte: die Zufriedenheit mit den Verwaltungseinheiten, deren Image bei der Bevölkerung, die Frage der wirtschaftlichen Kompetenzen, bisherige Eindrücke von der Verwaltungsreform, weiterer Reformbedarf, angenommene Sparpotenziale im öffentlichen Dienst, Strukturreformen bei den Verwaltungseinheiten, Zuständigkeitspräferenzen sowie Fragen zur Nutzung der Internetseiten der Gemeinden und Behörden.

Die vorliegende Studie (siehe Details unter <http://www.ifes.at>) brachte sehr interessante Ergebnisse, von denen folgende hervorzuheben sind:

Die verschiedenen Verwaltungseinheiten werden von der Bevölkerung nach einer Notenskala von 1–5 so beurteilt:

	(sehr) gut	(sehr) schlecht
Gemeinde	63%	9%
Bezirksverwaltung	44%	8%
Landesverwaltung	46%	8%
Bundesverwaltung	19%	24%

Im Bezug auf die Bürgernähe haben 61% der Befragten von den Gemeinden einen (sehr) positiven Ein-

druck, auf Bezirks- und Landesebene sind es jeweils 42%, auf der Bundesebene hingegen lediglich 18%. Bemerkenswert ist, dass 33% hier der Bundesverwaltung eine dezidiert schlechte Note vergeben.

Auch im Bezug auf die Effizienz bei der Aufgabenerfüllung zeigt sich ein ähnliches Bild, wobei hier die Bundesebene für sehr ineffizient angesehen wird.

	sehr gut	ineffizient (5)
Gemeinde	46%	15%
Bezirksverwaltung	39%	9%
Landesverwaltung	32%	12%
Bundesverwaltung	19%	28%

Ähnlich ist auch die Einschätzung der Sparsamkeit der Verwaltung:

41% der Befragten bezeichnen die Gemeindeverwaltung als (sehr) sparsam, 28 bis 30% nehmen diese bei der Bezirks- bzw Landesverwaltung an, während dies bei der Bundesverwaltung nur 17% annehmen. Von immerhin 41 % der Bevölkerung wird die Bundesverwaltung wenig bis gar nicht sparsam erachtet.

Angesichts der geführten Diskussionen über die Einsparungen von Dienstposten in der öffentlichen Verwaltung („Abbau von Beamten“) sind die Einschätzungen der Bevölkerung zu Personalreserven und den finanziellen Einsparungsmöglichkeiten bemerkenswert:

Von einem großen Personalüberhang auf Gemeinde-, Bezirks- und Landesebene geht jeweils nur eine kleine Minderheit (8 bis 12%) aus. Selbst auf Bundesebene glauben nur 21%, dass hier große Reserven vorhanden sind.

Bei den finanziellen Einsparungsmöglichkeiten in den einzelnen Verwaltungsebenen ergibt sich folgendes Bild:

	sehr groß	sehr wenige bis gar keine
in den Gemeinden	7%	48%
in den Bezirken	8%	33%
in den Ländern	15%	27%
beim Bund	25%	21%

Sehr interessant ist auch die Meinung der Bevölkerung zur Verwaltungsreform, die zu einer höheren Effizienz und entsprechenden Kosteneinsparungen beitragen soll. In der Studie spannt sich der Bogen von einer stärkeren Kooperation der Gemeinden untereinander über die Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten bis zur Abschaffung derselben und zeigt folgendes Bild:

	dafür	dagegen
Stärkere Zusammenarbeit von benachbarten Gemeinden	91%	7%
Zusammenlegung von Kleingemeinden unter 1.000 Einwohnern	51%	44%
Eingliederung von Umlandgemeinden in größere Städte	30%	64%
Stärkere Zusammenarbeit der Länder in verwaltungstechnischen Bereichen (z.B EDV)	73%	21%
Abschaffung der Bezirkshauptmannschaften in den Ländern	16%	78%
Abschaffung der Bundesländer	5%	94%

Neuaufteilung der Kompetenzen:

In den Beratungen des Österreich-Konvents wird auch die Kompetenzverteilung einen zentralen Punkt darstellen. Deshalb ist aus föderalistischer Sicht die Meinung der Bevölkerung zu allfälligen Kompetenzverschiebungen besonders wichtig:

Zwischen 17 und 32% (je nach Gemeindegrößenklasse) der Befragten sprechen sich für mehr Kompetenzen der Gemeinden aus, 28% für eine Aufwertung der Länder und nur 10% für mehr Bundeskompetenzen. Hingegen meinen 32%, dass der Bund Kompetenzen abgeben soll.

Kritisch sieht die Bevölkerung allerdings auch das immer wieder diskutierte Vorhaben, den Ländern mehr Steuerhoheit zu geben, da 45% der Befragten sich dagegen aussprechen, künftig einen Teil der Steuern – z.B. die Lohn- und Einkommensteuer – von den Ländern festzulegen. Immerhin 39% bejahen jedoch ein solches Recht der Länder.

Die vorliegende – repräsentative – Studie, deren Ergebnisse auch in den Beratungen des Österreich-Konvents Berücksichtigung finden sollten, zeigt also deutlich auf, dass die Mehrheit der Bevölkerung wünscht, dass der Bund Kompetenzen abgeben soll und dass der Verwaltung der Länder und Gemeinden ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt wird.

Verwaltungsgemeinschaft „Bauverwaltung Großes Walsertal“ – ein Beispiel für eine kommunale Verwaltungszusammenarbeit

Aus der IFES-Umfrage geht auch der Wunsch der Bevölkerung nach kostengünstiger Verwaltung durch stärkere Zusammenarbeit von benachbarten Gemeinden hervor. Dass diese Form der gemeinsamen Besorgung

von hoheitlichen Aufgaben der Gemeinden bereits in die Tat umgesetzt wurde, zeigt die Verwaltungsgemeinschaft „Bauverwaltung Großes Walsertal“, die am 1. Mai 2003 ihre Tätigkeit aufnahm. Die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft gemäß § 97 des Vorarlberger Gemeindegesetzes zur gemeinsamen Besorgung der kommunalen Baurechtsverwaltung stellt ein „Pilotprojekt“ dar. Die Bauverwaltung, die ihren Sitz in Raggal hat und in der die Gemeinden Blons, Fontanella, Raggal, St. Gerold, Sonntag und Thüringer Berg mit zusammen ca. 3.500 Einwohnern zusammenarbeiten, steht für Bau-

werber und Gemeinden in allen Fragen des Baurechts, der Bautechnik, der Energietechnik und der Baugestaltung zur Verfügung. Abgewickelt werden die Bauverfahren, vom Bauantrag, der Bauverhandlung über den Baubescheid bis zur Schlussüberprüfung.

Die Bauverwaltung Großes Walsertal ist ein Beispiel für eine kostengünstige, bürgernahe und effiziente Verwaltungsführung und Gemeindezusammenarbeit und könnte durchaus als Modell für die Besorgung von anderen Gemeindeaufgaben (etwa Finanzverwaltung, EDV-Betreuung) dienen.

40.

Buchhinweis: Kreditfinanzierung der Gemeinden – Strategien und Instrumente

„Kreditfinanzierung der Gemeinden – Strategien und Instrumente“ mit Beiträgen von Heinz Christ sowie von Carsten Becker, Gerhard Edelman, Friedrich Galavics, Ernst Knoth, Klaus Pötzelsberger, Erich Pramböck, Ulrike Sprosec, Margarete Ulm, Johann Wodaczek

Die wachsenden Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge und der damit zusammenhängenden Investitionstätigkeit sind aus unserem heutigen gesellschaftlichen und Wirtschaftsleben nicht mehr wegzudenken; ebenso wenig die Frage der Finanzierung. Darlehen sind nicht die einzige Form der Fremdfinanzierung der Gemeindeinvestitionen und je vielfältiger die Auswahl wird, desto schwieriger gestaltet sich der Überblick.

Der Ende April erschienene Band bietet durch verschiedene Beiträge von Experten Bank- und der städtischen Praxis einen guten Einblick: Im Kapitel 2 werden die traditionellen Finanzierungsinstrumente, wie Kredit-, Darlehensverträge und öffentliche Anleihen erklärt. Durch eine umfassende Darstellung der rechtlichen Grundlagen wird auch auf die in den letzten Jahren erfolgten Änderungen der Vorschriften in diesem Bereich eingegangen. Im Kapitel 3 wird das Ausleihungsgeschäft der Banken praxisnah erläutert (etwa Konditionen oder Kündigungsmöglichkeiten).

Leasing als eine Finanzierungsmöglichkeit, die sich in den letzten Jahren immer mehr durchsetzt, wird im 4. Kapitel behandelt. Ob operatives Leasing, US-Cross-Border-Leasing bzw. welches Leasingmodell (Restwertleasing, Kautionsleasing) gewählt wird, und was geleast werden kann – Immobilien, wie Schulen und Feuerwehren, Mobilien, wie medizinische Geräte oder KFZ's –, sind jeweils wichtige Entscheidungen.

Die Stadt Salzburg und ihre Strategien der Fremdfinanzierung sowie Fragen der Kommunalen Schuldenbewirtschaftung werden als praktische Beispiele für die Fremdfinanzierung in der Kommunalpolitik in den Kapiteln 5 und 6 näher dargestellt. Dabei werden nicht nur einige zentrale Vorgänge der Fremdfinanzierung analysiert und praxisnah dargestellt. Auch Fragen der Steuerung der Zinsbelastung und die Absicherung der Schuldenportefeuilles gegen Zinsänderungs- und Wechselkursrisiken sowie die Festlegung und Ermittlung von aussagekräftigen Kennzahlen werden schlüssig behandelt.

Zinssätze sind beträchtlichen Schwankungen ausgesetzt; daher gilt ein eigenes – banktechnisch und trotzdem verständlich geschriebenes – Kapitel dem Zinsrisikomanagement. Forward Rate Agreements (FRA), Floors, Swaps und Caps sind verschiedene Instrumente, die diese Aufgabe erleichtern sollen. Das Buch schließt mit einem Kapitel 8 über Private Public Partnerships (PPP) und Energy-Contracting. Durch die fortschreitende Globalisierung der Märkte, die Verschuldung und durch die Maastricht-Kriterien im Rahmen der Europäischen Stabilitätspolitik wird die öffentliche Hand immer mehr dazu angehalten, ihren Investitionsbedarf eventuell auch durch alternative Finanzierungsformen zu decken und den privaten Sektor in die öffentliche Wirtschaft mit einzubinden.

Für politische Funktionäre, Mitarbeiter von Stadt- und anderen öffentlichen Verwaltungen ebenso für Studierende erscheint dieses Handbuch sehr informativ; aber auch Mitarbeiter der Kreditinstitute, können aus der Darstellung der institutionellen Rahmenbedingungen für die kommunale Darlehensfinanzierung Nutzen ziehen.

Das Buch ist als Band 40 in der Reihe „Arbeitshilfen für Gemeinden“ des KDZ erschienen.

Der Preis beträgt € 29,90 (für Stammkunden € 23,70); jeweils zuzüglich 10% Umsatzsteuer und Versandkosten.

Nähere Informationen über diese Publikation und Bestellung: KDZ Managementsberatungs- und WeiterbildungsGmbH
1150 Wien, Mariahilferstraße 136
Tel. 01-892 34 92-0 Internet: www.kdz.or.at

41.

Buchhinweis: Öffentliches Management in Österreich – Realisierungen und Perspektiven

Herausgeber: Helfried Bauer, Peter Biwald, Elisabeth Dearing

Mit Beiträgen von Elisabeth Aulehla, Helfried Bauer, Peter Biwald, Elisabeth Dearing, Rosmarie Drexler, Birgit Frischmuth, Hans Hack, Martin Haidvogel, Rudolf Holzer, Elke Löffler, Alexander Maimer, Reinhold Pöslner, Thomas Prorok, Franz Strehl, Klaus Wirth, Erich Wolny.

„Öffentliches Management in Österreich – Realisierungen und Perspektiven“ ist ein weiterer Beitrag zur aktuellen Diskussion über die Zukunft der öffentlichen Verwaltung.

Viele Jahre lang gibt es immer wieder Reformbestrebungen, um den öffentlichen Sektor neu, effizienter, besser zu organisieren. Das Konzept des öffentlichen Managements ergänzt um Good-Governance-Strategien umfasst eine völlig neue Orientierung in Politik, Verwaltung und Gesellschaft mit dem Ziel, die öffentliche Verwaltung zu stärken.

Die vorliegende Publikation, von der KDZ-Managementberatungs- und WeiterbildungsGmbH und dem Bundeskanzleramt in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Städtebund produziert, widmet sich einer Zwischenbilanz zur Verwaltungsmodernisierung in Österreich. Namhafte Autoren beleuchten auf rd. 365 Seiten die realisierten Modernisierungsbemühungen von unterschiedlichen Seiten und geben einen Ausblick auf künftige Reformthemen.

- Im ersten Teil des Buches wird das Thema New Public Management mit seinen unterschiedlichen Facetten behandelt. Einleitend wird dargestellt, wie sich in der Verwaltungsreformdebatte die NPM-Strategie zu einer Good Governance-Strategie weiterentwickelt. Einzelne Elemente wie das Kontraktmanagement, die dezentrale Fach- und Ressourcenverantwortung sowie die ergebnisorientierte Steuerung werden schwerpunktmäßig näher erläutert und Zusammenhänge aufgezeigt.

- Teil zwei enthält Beiträge aus der Praxis, die einen Überblick darüber geben, was in einzelnen Organisatio-

nen auf den unterschiedlichen Verwaltungsebenen erreicht wurde, welche Probleme im Reformprozess aufgetreten sind und wo noch weiterer Reformbedarf besteht. Eines vorweg: die Berichte aus der Praxis (Magistrate Wien, Graz, Linz; Stadtgemeinde Knittelfeld, BH Zell am See, Bundesverwaltung) zeigen, dass Verwaltungsmodernisierung gelingen kann, dass sie positiv für alle Beteiligten wirkt und dass aber noch viel zu tun ist.

- Im dritten Teil skizzieren Experten aus Österreich und Deutschland, welche Themen die öffentliche Verwaltung in Zukunft vor neue Herausforderungen stellen werden. Neben einer ausführlichen Darstellung von Good Governance wird auf Aspekte des reformierten Haushaltswesens in Deutschland und Österreich, auf eGovernment und seine Zusammenhänge mit Geschäftsprozessoptimierung sowie auf die Reform der Universitäten eingegangen.

In der Zusammenfassung werden die Kernaussagen und gewonnenen Erkenntnisse der einzelnen Beiträge wiedergegeben. In den Schlussfolgerungen treten H. Bauer und M. Hödl jenen, die behaupten, NPM sei Geschichte und hätte sich nicht bewährt, energisch entgegen. Erfolgreiche Politik- und Verwaltungsmodernisierung hängt jedenfalls von unterschiedlichen Faktoren und Rahmenbedingungen (bspw. Einbeziehen der BürgerInnen/KundInnen, MitarbeiterInnen, PolitikerInnen; Identifikation von Reformpromotoren, Setzen von Meilensteinen) ab. Mit dem Buch sollen auch neue Impulse für die künftigen Modernisierungsschritte gegeben werden. Daher werden abschließend neun Thesen zur „Zukunft der Verwaltungsmodernisierung“ formuliert.

Für politische Entscheidungsträger, Mitarbeiter von Stadt-, Landes- wie auch Bundesbehörden sowie für Studierende gibt diese neue Arbeitshilfe des KDZ einen Einblick in aktuelle Themen der Verwaltungsreform und einen Überblick über jene Verwaltungen, die sich mit unterschiedlicher Zugangsweise der Modernisierung verschrieben haben. Erfolg, Probleme und offene

Punkte der Verwaltungsmodernisierung in der Praxis werden aufgegriffen und dargestellt.

Das Buch ist als Band 41 der Reihe „Arbeitshilfen für Gemeinden“ des KDZ erschienen.

Preis: € 39,- (für Stammkunden € 33,80) jeweils zuzügl. 10 % Umsatzsteuer und Versandkosten.

Nähere Informationen über diese Publikation und zur Bestellung erhalten Sie unter der folgenden Adresse:

KDZ Managementsberatungs- und
WeiterbildungsgmbH

1150 Wien, Mariahilferstraße 136

Tel. 01-892 34 92-0 Internet: www.kdz.or.at

**VERBRAUCHERPREISINDEX
FÜR JUNI 2003**
(vorläufiges Ergebnis)

	Mai 2003 (endgültig)	Juni 2003 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	105,7	105,9
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	111,2	111,4
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	145,4	145,7
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	226,1	226,5
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	396,8	397,5
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	505,6	506,5
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	507,1	508,1

Der Index der Verbraucherpreise 2000 (Basis: Durchschnitt 2000 = 100) für den Kalendermonat Juni 2003 beträgt 105,9 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber Mai 2003 (105,7 endgültige Zahl) um 0,2% gestiegen (Mai 2003 gegenüber April 2003: +/- 0,0%). Gegenüber Juni 2002 ergibt sich eine Steigerung um 1,1% (Mai 2003/2002: +1,1%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck